

## Interdependenzen: wie die Dynamiken des Syrienkonfliktes den Demokratisierungsprozess in der Türkei gefährden

Günay, Cengiz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Günay, C. (2012). *Interdependenzen: wie die Dynamiken des Syrienkonfliktes den Demokratisierungsprozess in der Türkei gefährden*. (Policy Paper / Österreichisches Institut für Internationale Politik, 10/2012). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-416326>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Policy Paper 10/2012

## Interdependenzen: Wie die Dynamiken des Syrienkonfliktes den Demokratisierungsprozess in der Türkei gefährden

Cengiz Günay

Dr. Cengiz Günay forscht am Österreichischen Institut für Internationale Politik zu den Themen: Islamismus, Demokratisierungs- und Reformprozesse, Soziale Bewegungen und die Verschiebung von Macht. Er hat den regionalspezifischen Fokus: Türkei / Naher Osten.

***Abstract:***

Von Syrien droht ein Flächenbrand auszugehen, der die gesamte Region destabilisiert. Auch die Türkei ist den Dynamiken, die von Syrien ausgehen, vermehrt ausgesetzt. Das Engagement der türkischen Regierung auf Seiten der Aufständischen führt zu Verschiebungen in der türkischen Außen- und Innenpolitik. Der Demokratisierungsprozess wird angesichts des Rückfalls in bekannte Muster und Reflexe sowie zunehmend militaristischer, nationalistischer und konservativer Tendenzen auf die Probe gestellt.

The struggle for Syria has implications for the region and Turkey. Together with other neighboring countries, Turkey has been exposed to the dynamics emanating from the Syrian crisis. The Turkish government's support for the Syrian rebels has induced shifts in Turkey's foreign as well as domestic politics. In the face of the challenges posed by the developments in Syria, Turkey falls back to old reflexes. Increasing militarism, nationalism and conservatism threaten the country's democratization and reform process.

## **Hintergrund**

Syrien galt lange Zeit als Aushängeschild einer neuen türkischen Nachbarschaftspolitik.<sup>1</sup> Eine durch Außenminister Ahmet Davutoğlu gestaltete und unter dem Namen „Null-Problem Politik“ lancierte neue Nachbarschafts- und Regionalpolitik baute darauf auf Konflikte mit und zwischen den Staaten der Region abzubauen und durch verstärkte wirtschaftliche Interaktion nach dem Vorbild der EU Stabilität und Wohlstand zu schaffen. Die „Null-Problem Politik“ galt als Ausdruck der Demokratisierung der Türkei und als Beweis für die „Europäisierung“ der türkischen Außenpolitik, im Sinne einer Anpassung an europäische Werte und Normen. Eine Türkei, die europäische Normen und Werte in ihre Nachbarschaft exportiert, konnte eine wichtige Ergänzung bzw. Stärkung der europäischen Nachbarschaftspolitik bedeuten.

Der Demokratisierungs- und Reformprozess im Zuge des EU-Beitrittsprozesses bewirkte nicht nur, dass sich der Stil und die Art Außenpolitik zu machen, veränderten, sondern führte auch zu Verschiebungen bei den Akteuren der Außenpolitik. Die politischen Reformen führten zu einer Stärkung des zivilen Elements und zu einer politischen Schwächung des durch Armee und kemalistische Bürokraten dominierten Sicherheitsestablishments.

Während die Türkei in der Vergangenheit auf militärische Abschreckung und Rückversicherung gesetzt hatte, wandelte sie sich in den letzten Jahren zunehmend in einen Akteur, der in die Region *soft power* exportierte. Dabei basierte diese Politik weniger auf dem Ziel der Förderung von Demokratie als auf dem westfälischen Prinzip der Respektierung der Souveränität von Nationalstaaten und der Nichteinmischung in innenpolitische Angelegenheiten. Die „Null-Problem Politik“ der AKP-Regierung beinhaltete nämlich auch eine enge Zusammenarbeit mit den autoritären Regimen. 2008 machten z.B. Premierminister Erdoğan und seine Familie Urlaub mit den Assads.

---

<sup>1</sup> Der politischen Aussöhnung mit Syrien folgte eine Verbesserung der Beziehungen mit Russland sowie eine Kaukasus-Initiative, die nicht nur die Überwindung der bilateralen Konflikte mit Armenien zum Ziel hatte, sondern auch eine Befriedung der gesamten Region, inklusive des Berg-Karabach Problems zwischen Armenien und Aserbaidschan, beabsichtigte. Während die Regierung versuchte, mit allen Ländern der Nachbarschaft und der weiteren Region gute Beziehungen aufzubauen, kultivierte man auch eine gewisse Neutralität gegenüber regionalen Konfliktparteien.

Man schien aber von dem funktionalistischen Ansatz auszugehen, dass wachsende wirtschaftliche Interdependenz, die Lockerung des Visa-Regimes und ein allgemein größerer Austausch mit den Nachbarn auch zu Demokratisierungseffekten der autoritären Systeme führen würden. (Öniş, 2012: 46)

Ironischerweise kam es mit dem Ausbruch des Arabischen Frühlings zu einer Re-Orientierung in der Außenpolitik. Angesichts der sicherheitspolitischen Herausforderungen, die der Syrienkonflikt an die Türkei stellt, ist die Rückkehr zu altbekannten, durch „hard-power“ Ansätze bestimmte Muster zu beobachten.

Ankaras Politik in der Syrienfrage ist vor allem durch die immer noch ungelöste Kurdenfrage und die Erfahrungen aus dem Irak-Krieg geprägt. Ankara rechnete von Anfang an mit dem Sturz des Assad-Regimes. Die größte Sorge der türkischen Regierung galt dabei dem Zerfall Syriens und dem Entstehen einer neuen kurdischen Entität an der türkischen Grenze. Es gilt nach der Kurdischen Autonomieregion im Nordirak ein weiteres autonomes oder gar unabhängiges kurdisches Gebiet im Norden Syriens zu verhindern. Dies, so fürchtet man in Ankara, könnte dann auch zu einem Abfall der türkischen Kurdengebiete führen oder zumindest die Türkei ernsthaft destabilisieren. Deshalb verfolgt Ankara in Syrien eine Politik, die darauf abzielt eine föderalistische Lösung, die den Zentralstaat schwächen könnte, zu verhindern. Die türkische Regierung sieht in Institutionen wie dem *Syrian National Council* oder der *Free Syrian Army*, die den Anspruch erheben eine gesamtsyrische Lösung zu verfolgen und vor allem alle Syrer zu repräsentieren, einen Garanten für ein geeintes, möglichst zentralistisches Post-Assad-Syrien. Tatsächlich sind aber beide Organisationen vor allem mit Sunniten besetzt. Es gibt kaum Vertreter der christlichen Gemeinschaften und es gelang auch nicht Alawiten zu integrieren. Kritiker werfen dem *Syrian National Council* vor durch die Muslimbruderschaft dominiert zu werden.

Anders als im Falle Libyens positionierte sich Ankara relativ rasch nach Ausbruch der Proteste auf Seiten der anti-Assad-Opposition. Istanbul ist heute Sitz des *Syrian National Council* und auch die *Free Syrian Army* operiert von türkischem Territorium aus (bis vor kurzem hatte sie sogar ihren Kommandositz in der Türkei). Die Türkei

bietet zudem mehreren tausend Flüchtlingen aus Syrien Schutz. Immer wieder kam es zu Zwischenfällen, bei denen Granaten aus Syrien auf türkischem Territorium aufschlugen. Ende Juni 2012 wurde ein türkischer Kampffjet abgeschossen, die türkische Regierung beschuldigte die syrische Luftabwehr. Auch wenn es die türkische Regierung offiziell dementiert, so tauchen in der internationalen Presse immer wieder Berichte darüber auf, dass in einigen der Flüchtlingslager in der Türkei Kämpfer ausgebildet werden. (BBC, 04.08.2012) Kritiker werfen der türkischen Regierung vor sich damit zu weit hinauszulehnen und das Land damit in den Sog des Konfliktes um Syrien hineinzuziehen.

Auch wenn es durchaus unterschiedliche Ansätze hinsichtlich einer Post-Assad-Ordnung in Syrien gibt, deckt sich Ankaras Politik mit den US-amerikanischen Interessen.<sup>2</sup> Die Obama-Administration, die eine aktive Rolle oder gar eine Intervention unter amerikanischer Beteiligung vermeiden möchte, betrachtet die Türkei sogar als ein Tor für die eigene Syrien-Politik und ermutigt die türkische Regierung zu aktiver Einflussnahme. Nicht nur Außenministerin Hillary Clinton, sondern auch ranghohe Militärs besuchten in den letzten Wochen und Monaten mehrfach Ankara (am zweiten September besuchten CIA-Chef David Petraeus und nur zwei Wochen danach Generalstabschef Martin Dempsey Ankara). Die Ankara-Besuche hoher amerikanischer Militärs deuten auch auf die Wiederaufwertung der Bedeutung des Sicherheitsestablishments in der Türkei hin. Allerdings spielen dabei nun weniger Vertreter des weitgehend entmachteten Militärs und der kemalistischen Bürokratie eine Rolle, als vielmehr ein neues AKP-Sicherheitsestablishment, bestehend aus durch die Regierung in den vergangenen Jahren ernannten hohen Beamten. Eine immer wichtigere Rolle in der Sicherheitspolitik kommt dem Geheimdienst MIT (*Milli İstihbarat Teşkilatı*) zu.

---

<sup>2</sup> Während aus türkischer Sicht der Verhinderung einer kurdischen Autonomie oder gar Unabhängigkeit die Priorität gilt, wünscht sich Washington vor allem ein pluralistisches und demokratisches Syrien, das durchaus auch föderalistisch sein kann.

Während die Türkei sich aufgrund der Herausforderungen, die der Syrienkonflikt für die nationale Sicherheit stellt, zumindest vorläufig von ihrer Rolle als Exporteur demokratischer Werte und Normen verabschiedet, läuft sie Gefahr wie auch schon in früheren Jahren vor allem über ihre geostrategische Lage definiert zu werden. Es droht eine „Vernahöstlichung“ der Beziehungen Ankaras. (Oğuzlu, 2008: 3-21) Gemeint ist damit, dass sich das Verhältnis Ankaras zu seinen NATO-Partnern und allen voran den USA durch die strategische Rolle der Türkei im Nahen Osten definiert.

Das Engagement in Syrien auf Seiten der Opposition führt damit aber auch unweigerlich dazu, dass die Türkei vermehrt in den Sog regionalpolitischer Dynamiken gezogen wird.

Diese sind vor allem durch einen Kampf um Hegemonie zwischen dem Iran einerseits und den von Saudi Arabien angeführten Golfstaaten und den USA andererseits geprägt. Der Konflikt um Syrien ist Austragungsort dieses Machtkampfes. Kräfte in den konservativen Golfmonarchien betrachten den Kampf um Syrien als eine Möglichkeit den Einfluss Teherans in der Region zurückzudrängen. Durch die aktive Unterstützung Teherans für das Assad-Regime einerseits und für lokale aufständische Milizen durch konservative sunnitische Kräfte aus Saudi Arabien und anderen Golfstaaten andererseits bekam der Kampf um Syrien eine immer stärkere konfessionelle Färbung. Auch wenn es um handfeste machtpolitische Interessen geht, wurde der Diskurs um den Kampf immer stärker durch schiitisch-sunnitische Ressentiments aufgeladen.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Diese religiöse Aufladung bietet sich ob der geschichtlichen politischen Situation im Nahen Osten und auf der Arabischen Halbinsel an. Für die sunnitischen Königshäuser der Golfstaaten barg der schiitische Iran seit der Revolution von 1979 ein instabiles Moment für die Region. Das liegt aber nicht nur an der unterschiedlichen religiösen Tradition, sondern vor allem auch an den unterschiedlichen politischen Ausrichtungen der Führungen. Die konservativ geprägten sunnitischen Monarchien hatten und haben Angst vor einer Mobilisierung ihrer unterdrückten schiitischen Minderheiten durch das Revolutionsregime im Iran. Als Beispiel für einen regionalen schiitischen Stellvertreter des Iran gilt die libanesische Hisbollah. Die Hisbollah, die den Revolutionsführer Ali Khamenei auch als ihr eigenes geistiges Oberhaupt anerkennt, spielt eine wichtige Rolle im Konflikt mit Israel und wertet dadurch die regionalpolitische Rolle Teherans auf. Syrien stellt aus Sicht des Iran eine wichtige Verbindung zur Hisbollah dar. Der Sturz des Assad-Regimes würde nicht nur die Hisbollah isolieren, sondern dadurch auch die Rolle Teherans in der Region beeinträchtigen. (Günay in ORF Religion, 21.09.2012)

***“Syria is not Libya. Libya imploded and Syria will explode beyond its borders.” Kofi Annan***

Wie vom ehemaligen UN-Vermittler für Syrien festgehalten, droht vom Kampf um Syrien ein regionaler Flächenbrand auszugehen. Anders als in Libyen hat der Kampf um die Zukunft Syriens weit größere regionalpolitische Implikationen. Zum einen konnten externe Akteure, bedingt durch die äußerst heterogene Bevölkerungsstruktur und die Rolle, die konfessionelle und ethnische Zugehörigkeit im politischen und wirtschaftlichen Machtgefüge des Landes gespielt hat, in Zeiten des Umbruchs und der Instabilität stets Einfluss auf die Ereignisse in Syrien nehmen. Zum anderen versuchte sich das Regime seit der Übernahme der Macht durch Hafiz al-Assad stets durch die Unterstützung bewaffneter Gruppen in der Nachbarschaft regionalpolitisch abzusichern. Ein Anstieg der Gewalt und der Spannungen in den Nachbarländern steht in einem direkten Zusammenhang mit den Entwicklungen in Syrien. Syrien galt lange als Unterstützer von militanten Organisationen wie der PKK und der Hisbollah. Gruppen und Personen, die vom Assad-Regime profitierten bzw. durch dieses unterstützt wurden, versuchen nun für die Zeit nach dem Fall des Assad-Regimes vorzusorgen.

Insbesondere der Libanon ist in Gefahr destabilisiert zu werden. Es herrscht die Angst vor der Rückkehr des Bürgerkrieges. Die Dynamiken des Syrienkonfliktes haben aber auch Auswirkungen auf die Türkei. Parallel zu den Entwicklungen in Syrien kam es zu einem massiven Anstieg von PKK-Angriffen in der Türkei. Laut Crisis Group wurden in der Zeit seit den Parlamentswahlen im Juni 2011 bis Mitte August 2012 711 Personen bei den Kämpfen in der Türkei getötet. (ICG, 11.09.2012) Inzwischen kommt es beinahe täglich zu Kampfhandlungen und Angriffen auf militärische Einrichtungen und Armeepersonal. So kam es z.B. am 18. September in der Provinz Bingöl zu einem Raketenangriff auf einen Armeekonvoy, der zweihundert Soldaten, die aus ihrem Urlaub zurück an ihren Dienstposten kehrten, beförderte. Bei dem Angriff kamen neun Soldaten um, 70 wurden zum Teil schwer verletzt. (Habertürk, 18.09.2012) Am



25.09.2012 explodierte in der Provinz Tunceli eine Autobombe, bei dem Anschlag kamen sechs Soldaten und eine Zivilistin ums Leben. (CNNTürk, 25.09.2012)

***“Wir betrachten das Thema Syrien nicht als ein auswärtiges Problem. Die Syrienfrage ist für uns eine innere Angelegenheit.” Tayyip Erdoğan***

Traditionell sind im sicherheitspolitischen Denken der Türkei äußere und innere Gefahren eng miteinander verknüpft. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die Verschiebungen in der Prioritätensetzung in der Außenpolitik mit einer Re-Orientierung in der Innenpolitik einhergingen. Der Syrienkonflikt führte außenpolitisch nicht nur zu einer Abkehr von der als „Null-Problem Politik“ bezeichneten neuen Nachbarschaftspolitik und zu einer Rückkehr zu durch klassisches sicherheitspolitisches Denken geprägten Strategien, sondern wurde auch durch eine Umorientierung in der Innenpolitik begleitet. Der Syrienkonflikt besiegelte das vorläufige Scheitern eines auf Dialog und die Anerkennung von unterschiedlichen ethnisch-konfessionellen Identitäten bauenden Demokratisierungsprozesses. Damit rückt auch das Ziel einer den ethnischen, kulturellen und konfessionellen Pluralismus der Türkei anerkennenden Verfassung in die Ferne.

Als wichtigste Initiative der Regierung galt in diesem Zusammenhang die erst 2009 eingeleitete Öffnungspolitik gegenüber den Kurden. Diese Politik beinhaltete einen breit angesetzten Dialog mit Vertretern der kurdischen Gesellschaft, Zivilgesellschaft und auch politischen Vertretern der kurdischen BDP (Frieden und Demokratie Partei). Als vielversprechendste und mutigste Initiative galt der sogenannte Oslo-Prozess, der zumindest den ersten publik gemachten Versuch eines Dialogs mit der PKK darstellte. In Folge des Oslo-Prozesses kam es zu einer Rückkehr von Guerillas aus dem Nordirak. Die Aktion war allerdings auf beiden Seiten nicht gut vorbereitet. Nach einem massiven Aufschrei in der türkischen Öffentlichkeit über die Bilder von heimkehrenden PKK-Kämpfern in Siegerposen wurde der Prozess durch die Regierung gestoppt.

Parallel zum Syrienkonflikt kam es wieder zu einer Militarisierung des Kurdenkonfliktes. Auf vermehrte Angriffe durch die PKK reagierte die Armee ihrerseits mit Gegenoffensiven. Der Dialog mit kurdischen Vertretern wurde eingefroren. Es kam zu einer Verhärtung in der Politik der Regierung gegenüber kurdischen Vereinen, Organisationen und Journalisten. Im Zuge der sogenannten KCK-Operationen wurden tausende kurdische AktivistInnen, LokalpolitikerInnen, Intellektuelle, KünstlerInnen und JournalistenInnen verhaftet. Ihnen wird meist vorgeworfen im Namen der PKK staatliche Institutionen wie lokale Gemeinden zu unterwandern und dadurch eine Parallelstruktur zum türkischen Staat zu schaffen. Gleichzeitig erreichte die Beziehung zwischen kurdischer BDP und der AKP einen neuen Tiefpunkt. Da die kurdische BDP nicht in der Lage ist sich genügend von den Gewalttaten der PKK zu distanzieren bzw. diese zu verurteilen, fordern Abgeordnete der Regierungspartei die Aufhebung der Immunität einiger BDP-Abgeordneten. Die Aufhebung der Immunität würde einen Rückfall in die 1990er Jahre bedeuten. Im März 1994 hatte die Nationalversammlung die Immunität der vier Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Selim Sadak und Orhan Doğan aufgehoben. Noch am selben Tag wurden die vier beim Verlassen des Parlamentsgebäudes von Zivilpolizisten verhaftet. Die vier Abgeordneten wurden mit der Begründung, dass sie in Verbindung zur PKK standen, zu 10- bis 15-jährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Die meisten von ihnen wurden erst aufgrund der im Zuge des EU-Beitrittsprozesses erfolgten rechtlichen Reformen aus den Gefängnissen entlassen.

Das türkische Engagement im Syrienkonflikt führte aber auch zu einer weiteren Polarisierung zwischen der AKP und der linken Opposition. Die säkulare Linke wirft der AKP-Regierung wachsenden Autoritarismus, Intoleranz gegenüber Andersdenkenden und zunehmend islamistisch-konservative Tendenzen vor. Dabei mischt sich in die Kritik an der Regierung ein unter linken Gruppen weitverbreiteter anti-amerikanischer und vor allem anti-imperialistischer Diskurs. Sie werfen der AKP-Regierung vor ein Handlanger Washingtons zu sein. Das Syrienengagement der Regierung bewerten sie vor diesem Hintergrund.

Ein unter säkularen städtischen Eliten, aber vor allem verschiedenen linken Gruppen verbreiteter Diskurs sieht die AKP und ihren Konservatismus als Bestandteil einer

amerikanischen Strategie zur Neuordnung der Region (Greater Middle East Project). Dabei gilt es angeblich in der Region demokratiekompatible und marktwirtschaftlich orientierte und vor allem amerikafreundliche Systeme zu etablieren.

(Mehr hier zu: <http://www.worldbulletin.net/?aType=haber&ArticleID=71637>) Selbst rein innenpolitische Themen wie eine Schulreform, die die Abschaffung der Gesamtschule und die Wiedereinführung eines dreistufigen Schulsystems zum Ziel hat, das mehr Wahlmöglichkeiten einführt, unter anderem auch Mittelschulen mit religiösem Inhalt sowie das Koranstudium als Wahlfach, werden durch diesen Diskurs als Bestandteil einer größeren Strategie zur Islamisierung des Landes gewertet und außenpolitisch mit dem Engagement der Regierung in Syrien in Kontext gesetzt.

Der Vorwurf, die AKP-Regierung unterstütze die sunnitisch dominierte anti-Assad-Opposition nur aus religiösen Gründen, trägt zu einer gefährlichen Polarisierung entlang ethnisch-religiöser Bruchlinien bei.

Vor allem in der Region Hatay, die lange Zeit von Syrien beansprucht wurde, kommt es vermehrt zu Spannungen. Die Bevölkerung in Hatay ist äußerst heterogen. AraberInnen, KurdInnen, TürkInnen, ArmenierInnen und GriechInnen leben in der Region. Auch konfessionell ist Hatay ein Mosaik. Während sunnitische Muslime die Mehrheit ausmachen, stellen arabischsprachige Alawiten die zweitgrößte Gruppe in der Region dar. Während die syrischen Flüchtlinge vor dem Assad-Regime flohen, kam es in der Region mehrfach, zuletzt am ersten September dieses Jahres, zu pro-Assad-Demonstrationen durch alawitische Araber in der Region Hatay. Dabei kam es zu einer Interessenskoalition.

An den Demonstrationen, bei denen Assad meist als letztes Bollwerk gegen den westlichen Imperialismus dargestellt wurde, beteiligten sich auch Vertreter des revolutionären Gewerkschaftsverbandes DISK sowie der Freiheitlichen demokratischen Partei (ÖDP). Die Demonstranten bezeichneten zudem die Flüchtlingslager als „Terrorcamps“, was wiederum zu Spannungen mit syrischen Flüchtlingen, die vor dem Assad-Regime flohen, führte.

Auch wenn diese Stimmen einen extremen Rand des oppositionellen Diskurses darstellen, so spiegeln sie dennoch die Neuinterpretation ethnisch-religiöser

gesellschaftlicher Bruchlinien im Sinne politisch-ideologischer Identitäten wider. Als wichtigstes Beispiel für die Verschmelzung politischer und ethnisch-religiöser Identitäten gelten die Aleviten. Die Aleviten stellen in der Türkei die größte nicht-sunnitische Gruppe unter den Muslimen dar. Die alevitische Theologie und der Ritus unterscheiden sich wesentlich von der Praxis des sunnitischen Islams, aber auch von jener der arabischen Alawiten.<sup>4</sup> Orthodoxe Sunniten betrachteten Aleviten oft als Häretiker. Die Abweichungen von den strengen Sitten- und Kleidungsregeln des sunnitischen Islam wurden oft als unmoralisch oder unislamisch gesehen. Unter vielen Sunniten haben sich über die Jahrhunderte religiös motivierte Vorurteile und Ressentiments gegenüber Aleviten erhalten, die sich in alltäglichen Diskriminierungen gegenüber Aleviten manifestierten.

Politisch gelten Aleviten als Verfechter des kemalistischen Laizismus, da die Zurückdrängung der Religion aus dem öffentlichen und rechtlichen Leben Aleviten zum ersten Mal in der Geschichte zumindest vor dem Gesetz zu gleichberechtigten Bürgern machte. In der Realität wurden sie aber auch weiterhin durch die Politik des Staates, die im Nationbuilding auf das Sunnitentum als einigendes kulturelles Element zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen nicht verzichten konnte, benachteiligt. Dennoch standen die Aleviten im Allgemeinen der CHP, der Republikanischen Volkspartei, die sie als einen Garant für das laizistische Modell sahen, nahe.<sup>5</sup> Gleichzeitig aber standen Aleviten aus historischen Gründen dem Staat prinzipiell skeptisch gegenüber. Nachdem sich die Rhetorik der politischen Rechten auf konservative Werte und Konzepte der sunnitischen Mehrheit bezog, waren viele Aleviten für linke Ideologien, die sich gegen diesen Konservatismus stellten und auch den Staat und seine Rolle eher kritisch beleuchteten, zugänglich. Ab Mitte der 1960er Jahre war vor allem die alevitische Jugend in den ärmlichen Randbezirken der Großstädte anfällig für linke Ideologien. Eine

---

<sup>4</sup> Es gibt auch Aleviten, die die Meinung vertreten, dass das Alevitentum außerhalb des Islams zu betrachten sei.

<sup>5</sup> Die CHP wurde 1923 durch Atatürk gegründet. Sie war während der "Kemalistischen Kulturrevolution" das politische Organ des Regimes. Bis zum Übergang zur Demokratie im Jahr 1946 herrschte die CHP alleine in einer Einparteiendiktatur. Heute ist sie die größte Oppositionspartei. Die CHP gilt weithin als Verfechterin des Kemalismus und seiner Werte.

politisierte alevitische Identität wurde mit einer ideologisch linken Identität kompatibel. Angehörige der alevitischen Gemeinschaft bedienten sich sozialistischer Rhetorik, um Fragen der sozialen Ungerechtigkeit und der Ungleichheit anzuprangern. Gleichzeitig nutzten linke Gruppierungen verstärkt alevitische Netzwerke, um ihre Botschaften zu verbreiten und um Mitglieder zu rekrutieren. (Vgl. Yavuz in Günay, 2012)

Insbesondere unter der alevitischen Bevölkerung der Türkei wächst aufgrund eines wachsenden sunnitischen Konservativismus die Skepsis gegenüber der AKP. Dies verleiht der ohnehin großen politischen Spaltung zwischen Opposition und Regierung zusätzlich noch eine gefährliche konfessionelle Komponente. Auch diese Spannungen sind auf ein vorläufiges Scheitern des Demokratisierungsprozesses zurückzuführen. Ein Jahr nach der sogenannten „Kurden-Initiative“ hatte im Jahr 2010 die AKP-Regierung eine sogenannte „Aleviten-Initiative“ eingeleitet.<sup>6</sup> Im Rahmen der Vorbereitungen für eine pluralistische und demokratische Verfassung suchten dabei die AKP und Premierminister Erdoğan den Dialog mit alevitischen Interessensvertretern und Stakeholdern.<sup>7</sup> Diese vielgelobten Initiativen, die Vertretern von bislang durch den Staat ignorierten und sogar diskriminierten Gruppen einen Platz in der Verfassungsdiskussion anboten, gingen einher mit einer neuen Politik gegenüber den Nachbarstaaten, die durch Dialog und kulturellen und wirtschaftlichen Austausch gekennzeichnet war.

Im Rahmen dieser Politik entschuldigte sich auch Premierminister Erdoğan bei den Aleviten für das 1937/38 durch den Staat an den Aleviten in der Region Dersim / Tunceli verübte Massaker. Dies war das erste Mal, dass sich ein türkischer

---

<sup>6</sup> Eine weitere Initiative der Regierung, die im Rahmen der Vorbereitungen für eine neue Verfassung den Dialog mit vernachlässigten und diskriminierten ethnisch/konfessionellen Identitäten beinhaltete, war die sogenannte „Roma-Öffnung“, bei der sich der Premierminister mit Vertretern der türkischen Roma traf.

<sup>7</sup> Während Aleviten auf staatlicher Ebene wie dem Amt für religiöse Angelegenheiten institutionell nicht repräsentiert sind und das Alevitentum auch im Religionsunterricht in der Schule keine Erwähnung findet, bildete sich in den letzten Jahrzehnten, auch bedingt durch die Urbanisierung und eine gedeihende Zivilgesellschaft, immer mehr alevitische Kulturvereine, die als Interessensvertreter für eine neue alevitische Identität auftreten.

Regierungschef für die Taten des Staates entschuldigte. Kritiker werfen Erdoğan allerdings vor, das Dersim Massaker, das unter der Einparteienherrschaft der CHP erfolgt war, zur De-Legitimierung der CHP unter ihrer alevitischen Wählerschaft missbraucht zu haben. CHP-Parteichef Kılıçdaroğlu, von alevitischer Abstammung aus der Provinz Dersim, kam dadurch in Zugzwang. Zudem wird Erdoğan angekreidet, sich zwar für ein unter der Diktatur der einstigen Staats- und heutigen Oppositionspartei verübtes Massaker zu entschuldigen, allerdings keinerlei Worte für ein im Jahr 1993 durch einen aufgebracht konservativen Mob in Sivas an mehrheitlich alevitischen Intellektuellen verübten Anschlag zu finden.

Als Hinweis für die Abkehr von der Öffnungspolitik und eine Verhärtung der Rhetorik Erdogans und der AKP gegenüber alevitischen Forderungen gelten Erdogans Bemerkungen während des Wahlkampfes im vergangenen Jahr, bei denen er mehrfach auf die alevitische Abstammung des Oppositionsführers Kılıçdaroğlu hinwies. Die Erwähnung der Abstammung war bislang ein Tabu, da es dem inklusiven Charakter des türkischen Nationalismus, der stets unterschiedliche ethnische und konfessionelle Identitäten zu ignorieren bzw. zu assimilieren versuchte, widersprach. Weiters warf Erdoğan alevitischen Wählern vor nur aus konfessioneller Solidarität die CHP zu wählen. Öl ins Feuer gossen die Worte von Vizepremierminister Bekir Bozdağ als Antwort auf einen Antrag eines alevitischstämmigen Abgeordneten im Parlament, doch auch einen Gebetsraum für Aleviten zu ermöglichen: „Das Alevitentum ist eine Interpretation des Islam und alle Aleviten sind Muslime. Das Gotteshaus der Muslime ist auf der ganzen Welt dasselbe: die Moschee.“ Auch Erdogans Statement „Wir wollen eine gläubige Jugend heranziehen“ gilt als ein Reizwort für viele Säkulare und Aleviten. (Habertürk, 01.02.1012)

**Zusammenfassend** kann festgestellt werden, dass die Auswirkungen des türkischen Engagements in Syrien auf die Türkei auf mehreren Ebenen zu betrachten sind. Ankara steht vor den Scherben einer neuen Nachbarschaftspolitik. Anstatt „Null-Probleme mit den Nachbarn“ gibt es heute massive Spannungen mit dem Irak, Syrien, dem Iran und Israel. Infolgedessen kommt es auf außenpolitischer Ebene zu einer Re-Orientierung.

Die Türkei kehrt vor allem aufgrund des eigenen Kurdenproblems und der damit verbundenen Dynamiken, die von Syrien ausgehen, wieder zu sicherheitspolitisch und vor allem militärisch definierten Strategien zurück. Dies geht auf Kosten der Demokratieförderung in der Region. Das hat mittel-bis langfristig auch Auswirkungen auf die Beziehungen zu den westlichen Partnern, allen voran den USA, aber auch die EU. Es besteht die Gefahr, dass aus Sicht der Partner die Bedeutung der Türkei nicht über ihre Rolle als soft power, sondern vermehrt wieder über ihre strategische Lage und militärische Kraft bewertet wird. Durch ihre offene Parteinahme im Syrienkonflikt verliert die Türkei zudem jegliche Möglichkeit als Vermittler tätig zu werden und wird immer mehr in die Dynamiken der Region hineingezogen. Aufgrund der Unterstützung für die Aufständischen manövrierte sich Ankara in die durch Saudi Arabien und die Golfstaaten dominierte anti-iranische Regionalallianz. Als direkte Folge dessen verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Ankara und Teheran merklich.

Aufgrund des starken Engagements der Regierung aufseiten der syrischen Opposition bzw. der Bereitstellung von logistischer und vermutlich auch anderer Unterstützung für die bewaffneten aufständischen Gruppen wird der Syrienkonflikt auch zu einem Thema der türkischen Innenpolitik. Die Abkehr von der Öffnungspolitik gegenüber den Nachbarn wurde auch begleitet von dem Ende einer durch mehrere Dialoginitiativen geleiteten Öffnungspolitik gegenüber ethnischen und konfessionellen Minderheiten. Nicht nur der Dialog mit Vertretern einer kurdischen Zivilgesellschaft und der kurdischen BDP, sondern auch jener mit alevitischen Interessensvertretern geriet in eine Sackgasse. Die ohnehin schon starke politische Polarisierung droht dadurch noch eine weitere ethnisch/konfessionelle Dimension zu bekommen. Die Dynamiken, die vom Syrienkonflikt auf die Türkei ausgehen, bedrohen den Demokratisierungsprozess und sind deshalb auch langfristig eine Gefahr für eine demokratiefördernde Rolle der Türkei in einer sich im Wandel befindlichen Nachbarschaft.

**Quellenverzeichnis:**

Günay, Cengiz (2012), *Die Geschichte der Türkei, Von den Anfängen der Moderne bis heute*, Wien, Böhlau Verlag (in Vorbereitung)

“Turkey: The PKK and a Kurdish Settlement”(2012) *ICG Europe Report N°219* – 11 September

Oğuzlu, T. (2008), “Middle Easternization of Turkey’s Foreign Policy: Does Turkey Dissociate from the West?”, *Turkish Studies* 9(1): 3-20. *Studies* 9(1) : 3-21

Öniş, Ziya (2012), “Turkey and the Arab Spring: Between Ethics and Self-Interest” *Insight Turkey* Vol. 14 / No. 3 / 2012 pp. 45-63

<http://www.bbc.co.uk/news/world-middle-east-19124810>

<http://www.cnnturk.com/2012/turkiye/09/25/tuncelide.askeri.konvoja.saldiri/678062.0/index.html>

<http://www.haberturk.com/gundem/haber/777531-askerleri-tasiyan-araca-saldiri>

<http://www.haberturk.com/gundem/haber/711672-dindar-bir-genclik-yetistirmek-istiyoruz>

<http://www.worldbulletin.net/?aType=haber&ArticleID=71637>